



27. November 2020



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die zweite Lesung der Haushaltsberatung stand an, und das ist traditionell jene Sitzung, in welcher die Landesregierung themenübergreifend erklären muss, was sie zukünftig alles nicht machen wird. Wir haben deshalb bereits in der letzten Plenarwoche deutlich gemacht, wo es zusätzliche Zukunftsinvestitionen für unser NRW braucht.

So musste der Ministerpräsident – aufgrund unserer gemeinsamen Initiative mit der Grünen Fraktion – vor und nach der Konferenz der Länder mit der Bundeskanzlerin am vergangenen Mittwoch und am Donnerstag Rede und Antwort stehen. Für uns ist klar: Wir, als Teil des Parlaments, haben ein Recht darauf zu erfahren, wie die langfristigen Pläne zur Bekämpfung der Pandemie aussehen. Diese Auskunft blieb Laschet dem Parlament seit Ausbruch der Krise schuldig.

Darüber hinaus konnten unsere beiden Aktuellen Stunden weitere wichtige Themen auf die Plenaragenda setzen. Es bedarf ein entschiedenes Eingreifen, wenn es um die allein gelassene Stahlindustrie und ihre Arbeitsplätze in NRW geht. Und auch für die Beschäftigten in der Fleischindustrie sind klare Regeln für mehr Schutz gegenüber skandalösen Beschäftigungsmodellen unsere Herzensangelegenheit. Im Bundestag blockiert die CDU nach wie vor ein entsprechendes Gesetz von uns. Wir haben den NRW-Arbeitsminister Laumann gerne daran erinnert, dass er diesbezüglich mehrfach etwas anderes versprochen hat, was er bislang leider nicht eingelöst hat.

Herzliche Grüße

Heike Gebhard

Sebastian Watermeier

Aus dem Landtag - Aktuelle Stunden

Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern



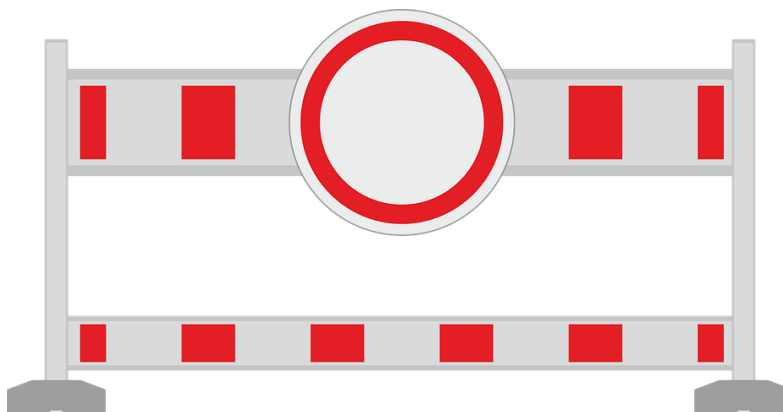
Copyright by SPD-Landtagsfraktion

ThyssenKrupp befindet sich seit geraumer Zeit in einer äußerst angespannten finanziellen Lage. Die Corona-Krise habe dem Unternehmen nochmals drastisch zugesetzt, so der Bericht auf der Bilanzpressekonferenz. Die Folgen lassen sich bislang nur erahnen: Zulieferer und Abnehmer sind betroffen. Viele Betroffene bangen um ihre Arbeitsplätze. Die Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft wären groß.

Mit unserer Aktuellen Stunde „Corona-Krise gefährdet die Zukunft einer modernen Stahlindustrie an Rhein und Ruhr – den Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern“ haben wir genau das deutlich gemacht.

Drucksache 17 / 11896

Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischindustrie



Copyright by www.pixabay.com

In einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde beschäftigte sich der Landtag NRW mit dem geplanten Arbeitsschutzkontrollgesetz auf Bundesebene.

Die Haltung des Arbeitsministers Laumann bezüglich der Machenschaften in der Fleischindustrie war eindeutig. Sie sollten strikt bekämpft werden. In der Öffentlichkeit stellte er sich stets als Kämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Fleischindustrie dar.

Nun rudert der Minister aus unerklärlichen Gründen von seinem klaren Kurs zurück. Ausweislich eines Berichts beim WDR Magazin Westpol spricht Laumann immerzu von Ausnahmen, die im Gesetzesentwurf bedacht werden müssten, so zum Beispiel im Bereich der Fleischveredelung. Westpol hatte aus einem internen Schreiben zitiert, wonach die zahlreichen Gespräche mit Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion "Wirkung gezeigt" hätten. Laumann knickt vor der Fleischlobby ein.

Drucksache 17 / 11894

Aus dem Landtag

Die Kommunen benötigen einen vollständigen Ausgleich der entgangenen Gewerbesteuer in 2020



Copyright by www.pixabay.com

Der Bundestag hat beschlossen, die Gewerbesteuerausfälle, die aufgrund der Corona-Pandemie im Jahr 2020 in den Kommunen entstanden sind, zusammen mit den Ländern zu kompensieren.

Die Landesregierung in NRW will die Kosten für sich reduzieren. Dazu wollen sie nicht die Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2020 mit den durchschnittlichen Zahlen der Jahre 2017- 2019 vergleichen, sondern rechnen das „gute“ vierte Quartal 2019 — also vor Corona — in das das Jahr 2020 mit ein. Dadurch entgehen den Kommunen millionenschwere Ausgleichszahlungen.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne haben einen Änderungsantrag eingebracht, der die Berechnungsgrundlage an die tatsächliche Lage in den Kommunen anpasst. Dieser wurde jedoch mit der schwarz-gelben Mehrheit im Parlament abgelehnt.

Drucksache 17 / 11928

Aus dem Landtag - Haushaltsberatungen 2020



Copyright by Étienne Godlard / unsplash

Auf dieser Seite präsentieren wir Ihnen unsere politischen Forderungen, die wir als Fraktion für den kommenden Landeshauhalt beantragt hatten. CDU und FDP haben alle unsere Vorschläge abgelehnt und verhindern somit den notwendigen Mut für einen Landeshauhalt, der den hier lebenden Menschen gedient hätte.

Die Kompaktinfos zur „Mogelpackung 2021“ erhalten Sie [hier](#).

<u>30 zusätzliche Stellen Arbeitsschutz</u> Corona hat viele Missstände aufgedeckt: Besonders in der Fleischindustrie ist Arbeitsschutz nicht allzu selten ein Fremdwort. Im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer braucht es einen starken und verlässlichen Arbeitsschutz. 30 neue Stellen in diesem Bereich hätten einen Anfang gemacht.	<u>Starke Studierendenwerke</u> Starke Studienwerke sind essenziell für nachhaltig gute und soziale Studienbedingungen in NRW. Für sie haben wir im kommenden Jahr 56.5 Millionen Euro im Landeshauhalt vorgesehen. Ein Plus von 12 Millionen Euro. Dringend notwendiges Geld, welches dem erhöhten Bedarf der letzten Jahre Rechnung getragen hätte.
<u>Spielerisch lernen</u> Grundschulkinder haben durch Corona einiges an Unterrichtsstoff verpassen müssen. Damit sie diesen spielerisch wieder aufholen können, wollten wir Kultureinrichtungen wie Bibliotheken oder Museen unter die Arme greifen und mit zusätzlich rund 6 Millionen Euro stärken.	<u>Antidiskriminierungsstelle</u> Rassismus und Diskriminierung - Gefahrenherde für unsere offene und demokratische Gesellschaft. Wir bleiben dabei: NRW braucht eine Antidiskriminierungsstelle. 200.000 Euro im Haushalt 2021 wären ein deutliches Signal gewesen.
<u>Straßenausbaubeiträge abschaffen</u> Wir sind uns diesbezüglich sicher: Straßenausbaubeiträge sind unfair und gehören abgeschafft. Damit das endlich auch die Landesregierung versteht, haben wir ihr ein überzeugendes Gegenfinanzierungsmodell für die wegfallenden Beitragseinnahmen aufgestellt. Einsicht - Fehlanzeige.	<u>Starke Frauenhäuser</u> Bundesweit ist jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Da ist es kaum verwunderlich, dass Gewalt gegen Frauen auch in NRW kein Randproblem darstellt. Frauenhäuser können sichere Häfen für Betroffene sein. Damit diese nicht vor verschlossenen Türen stehen, wollen wir fünf neue Frauenhäuser in NRW einrichten. Knapp drei Millionen Euro, die in die Sicherheit von Frauen und Kindern investiert worden wären.
<u>Kostenloses Ticket für Kinder- und Jugendliche</u> Wer Klimaschutz und die dafür essenzielle soziale Verkehrswende möchte, der kommt nicht daran vorbei den ÖPNV kostengünstiger und attraktiver zu gestalten. Kostenlose Monatstickets für Kinder und Jugendliche in NRW wären ein Anfang gewesen.	<u>Inklusion sichern</u> Damit Inklusion in NRW noch besser gelingt, bedarf es einer zentralen Koordinierungsstelle. Wir finden: so kann die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen noch besser gesichert und geplant werden. Wir haben eine halbe Millionen Euro im Haushalt vorgesehen.
<u>Arbeitslosenzentren solide finanzieren</u> Corona bringt NRWs Arbeitslosenzentren bedauerlicherweise an ihre Grenzen. Und das, obwohl der Beratungsbedarf ohnehin schon seit Jahren angestiegen ist. Höchste Zeit die Finanzierung der Zentren zu sichern. Eine Erhöhung des Etats von 3 auf 13 Millionen Euro wäre angemessen gewesen.	<u>Unterstützung Gründerinnen und Gründer</u> NRW lebt von Innovation. Um Gründerinnen und Gründer auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie unterstützen zu können, haben wir im nächsten Haushaltsjahr eine halbe Millionen Euro anvisiert. Eine Investition, die sich garantiert auszahlt hätte.

Aus dem Wahlkreis

„Ruhrgebietskritik von Heimatministerin Scharrenbach ist politischer Offenbarungseid“

Copyright by Büro Watermeier



Heimat- und Kommunalministerin Ina Scharrenbach hat im WAZ-Interview haltlose Kritik an den Ruhrgebietskommunen geäußert und anlasslos ein Scheitern der IGA 2027 an die Wand gemalt.

Gegen Scharrenbachs pauschale Einlassungen verwehren sich die Sprecher der Ruhr-Abgeordneten in der SPD-Landtagsfraktion, Lisa Kapteinat und Sebastian Watermeier: „Diese ungerechtfertigte Ruhrgebietskritik der sogenannten ‚Heimatministerin‘ ist ein politischer Offenbarungseid der gesamten Landesregierung.“

Die Landesregierung hätte mit ihrem Show-Format der Ruhr-Konferenz längst bewiesen, wie wenig sie vom Ruhrgebiet verstehe. Statt sich den zentralen Zukunftsthemen zuzuwenden, seien Nischenthemen besetzt und wesentliche Akteure wie beispielsweise der RVR bewusst spät oder gar nicht eingebunden worden, so die beiden SPD-Abgeordneten. „Schlimmer noch: Scharrenbachs Sachverhaltsdarstellung entspricht nicht der Wahrheit. Duis-

burg, Gelsenkirchen und Dortmund haben bereits millionenschwere Förderbescheide für IGA-Projekte erhalten oder stehen unmittelbar davor.“ Es stelle sich die Frage, ob die Ministerin das tatsächlich nicht wusste oder ob sie die Tatsachen auf Kosten der drei SPD-regierten Kommunen bewusst falsch dargestellt habe.

Das Vorgehen passe zu Scharrenbachs eigenem Agieren im Umgang mit dem Ruhrgebiet. „Die Altschuldenproblematik wird von der Ministerin bis heute kleingeredet. Gleichzeitig haben sich Gemeindefinanzierungsgesetz und soziale Wohnungsbauförderung deutlich zum Nachteil der Ruhrgebietskommunen verändert – beides Themenfelder, die im originären Zuständigkeitsbereich Scharrenbachs liegen. Hierzu hört man von ihr aber nichts.“

Ausgezeichnetes Gelsenkirchen: Kulturelle Bildung vor Ort überzeugt

15.000 Euro erhält die Stadt Gelsenkirchen, weil sie im Landeswettbewerb „Kommunale Gesamtkonzepte für Kulturelle Bildung“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft überzeugen konnte. Ausgezeichnete Kommunen stehen für leichte und vor allem verlässliche Kulturangebote für Kinder und Jugendliche. Beeindruckt habe die Jury dabei, wie die Stadt ihren besonderen Herausforderungen begegne, die sich aus kultureller Diversität, aber auch aus sozialer Ungleichheit ergäben. Gelsenkirchen habe neben reinen Partizipationsmöglichkeiten einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, sich von Negativzuschreibungen von außen zu emanzipieren und Diversität als Potenzial zu begreifen und dieses auch als solches zu vermitteln.

Die Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier und Heike Gebhard gratulieren hierzu recht herzlich: „Es freut uns außerordentlich, dass die Anstrengungen der Stadt auf diesem Wege gewürdigt werden. Ein großer Dank gilt auch all jenen, die Gelsenkirchen durch ihren ganz persönlichen Einsatz der letzten 10 Jahre erst zur Stadt der Kulturellen Bildung gemacht haben.“

Taner Ünalgan, Sprecher der SPD-Ratsfraktion Gelsenkirchen für digitale Entwicklung, freut sich zudem, dass die Jury auch die Digitalisierungskomponente des Konzepts zu würdigen weiß. Die Stadt habe Corona zum Anlass genommen und sehr entschlossen und kurzfristig digital geantwortet, um die Partizipationsmöglichkeiten zu keinem Zeitpunkt einreißen zu lassen, so die Jury.

„Das ist ein Erfolg der steten Arbeit aller Beteiligten. Es ist gut, dass das Thema der digitalen Stadtentwicklung in Gelsenkirchen schon lange zur Chefsache gemacht wurde. Wir werden auch weiterhin unseren Fokus auf die Digitalisierung legen, weil sie enorme Chancen für unsere Stadt bietet. Hier zeigt sich, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe von Menschen leisten kann“, ist sich Taner Ünalgan sicher.



Copyright by Büro Watermeier

Europawoche 2021:

#EUNITED – GEMEINSAME VISION FÜR DIE ZUKUNFT!

Sebastian Watermeier, Mitglied des Ausschusses für Europa und Internationales im Landtag NRW, ruft zur Teilnahme am Wettbewerb auf.

„Anlässlich des Europatages, der jährlich am 9. Mai stattfindet, richtet das Europaministerium des Landes einen Wettbewerb zur Europawoche aus. Bewerben können sich mit ihren europapolitischen Projekten Kommunen, Vereine, Schulen, Hochschulen, aber eben auch Privatpersonen aus Nordrhein-Westfalen, die ihre Ideen für eine möglichst große Zahl von Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen. Im Mittelpunkt stehen wahlweise die Themen ‚Europa solidarischer machen‘, ‚Europa digitaler machen‘ oder ‚Europa grüner machen‘“, informiert der SPD-Abgeordnete Sebastian Watermeier.

„Sicherlich werden einige Vorschläge die neuen digitalen Möglichkeiten aufgreifen und in ihre Idee miteinfließen lassen. Auf diese und weitere spannenden Projekte freue ich mich sehr“, so Watermeier.

Die Projektideen können mittels eines Bewerbungsbogens, der dieser Pressemeldung beigelegt ist, beim Europaministerium eingereicht werden. Voraussetzung für die Teilnahme ist, dass die Projekte in der Europawoche vom 1. bis zum 9. Mai 2021 in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Die prämierten Projekte können sich über bis zu 2.000 Euro freuen.

Einsendeschluss ist der 22. Januar 2021.

Weiterführende Informationen finden sich unter: <https://mbei.nrw/de/europawoche>



Copyright by pixabay.com

25. November 2020: Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Gewalt gegen Frauen ist kein fernes, abstraktes Problem, sondern passiert jeden Tag, auch bei uns in Gelsenkirchen. So gab es stadtweit in diesem Jahr bereits über 600 Fälle häuslicher Gewalt. Die Opfer sind überwiegend Frauen. Sie werden bedroht, geschlagen und sexuell genötigt. Die Dunkelziffer ist vermutlich sehr hoch, daher sind bei weitem nicht alle Taten bekannt. [Hilfe finden Sie hier](#) oder unter 08000116016!

Darüber hinaus wollen wir den #TagGegenGewaltAnFrauen nutzen, um auf die Anonyme Spurensicherung nach sexueller Gewalt der Stadt Gelsenkirchen aufmerksam zu machen. Sie bietet Betroffenen die Möglichkeit, nach einer Vergewaltigung oder sexuellem Missbrauch Tatspuren rechtswirksam zu sichern und bis zu 10 Jahren zu lagern. [Hier gibt es weitere Informationen in verschiedenen Sprachen.](#)

**Gewalt gegen
Frauen geht uns
alle an.**

#TagGegenGewaltanFrauen



Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier